

Nahost: Kritik nach verweigertem Zugang zur Grabeskirche

01.04.2026 | Benedetta Capelli, Christine Seuss und Mario Galgano

30.03.2026 - Der Palmsonntag in der Jerusalemer Altstadt war in diesem Jahr von weitreichenden Sicherheitsmaßnahmen und diplomatischen Spannungen geprägt. Dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, sowie dem Kustos des Heiligen Landes, P. Francesco Ielpo, wurde am Morgen des 29. März (Palmsonntag) der Zugang zur Grabeskirche für die traditionelle Liturgie verweigert. Mittlerweile sei die Angelegenheit aber geklärt, hieß es seitens des Patriarchates.

Seit Beginn der kriegesischen Auseinandersetzungen Ende Februar 2026 hat die israelische Polizei den Zugang zu den zentralen Heiligtümern der abrahamitischen Religionen sehr restriktiv reglementiert. Offizielle Stellen in Israel rechtfertigen diese Maßnahmen als notwendig, um potenzielle Angriffe durch den Iran abzuwehren. Doch die Entscheidung, den Patriarchen und seine Delegation am Betreten der Grabeskirche zu hindern, hatte international für Empörung gesorgt.

„Es hat Missverständnisse gegeben, wir haben uns nicht verstanden, und das ist es, was geschehen ist. So etwas ist noch nie passiert, es tut mir leid, dass es geschehen ist.“ Das sagte der lateinische Patriarch von Jerusalem, **Kardinal Pierbattista Pizzaballa**, in einem Interview mit TV2000, kurz nachdem er und Franziskaner-Kustos Br. Francesco Ielpo am Betreten der Grabeskirche gehindert worden waren.

In einer neuen Stellungnahme vom Montag unterstrich das Lateinische Patriarchat von Jerusalem allerdings, „dass die Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten der Karwoche und von Ostern in der Grabeskirche in Abstimmung mit den zuständigen Behörden behandelt und gelöst wurden“. In Übereinstimmung mit der israelischen Polizei sei der Zugang für Vertreter der Kirchen gesichert worden, „um die Liturgien und Zeremonien durchzuführen und die alten Ostertraditionen in der Grabeskirche zu bewahren.“

Liturgien können gefeiert werden

„Selbstverständlich“ blieben angesichts des „derzeitigen Kriegszustands die bestehenden Beschränkungen für öffentliche Versammlungen vorerst in Kraft“, räumt das Patriarchat in seiner Stellungnahme ein. Die Kirchen würden deshalb dafür sorgen, dass die Liturgien und Gebete „live für die Gläubigen im Heiligen Land und in der ganzen Welt übertragen“ werden, kündigt das Statement an.

Ausdrücklich danken die Patriarchatsvertreter dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog, der noch am Sonntag Kardinal Pizzaballa angerufen und ihm sein Bedauern über das Vorgefallene übermittelt hatte. Ihm wolle man „aufrichtigen Dank für seine rasche Aufmerksamkeit und sein wertvolles Eingreifen“ aussprechen, ebenso wie den „Staatsoberhäuptern und Amtsträgern, die schnell gehandelt haben, um ihre klare Haltung zu übermitteln, von denen viele persönlich ihre Nähe und Unterstützung zum Ausdruck gebracht“ haben.

„Wir möchten betonen, dass der religiöse Glaube einen höchsten menschlichen Wert darstellt, der

von allen Religionen geteilt wird – von Juden, Christen, Muslimen, Drusen und anderen. Gerade in Zeiten von Not und Konflikt, wie sie derzeit erlebt werden, bleibt der Schutz der Religionsfreiheit eine grundlegende und gemeinsame Pflicht“, so das Statement weiter.

Forderung nach geeigneten Regelungen

Es bestehe die Hoffnung, dass „weiterhin geeignete Regelungen gefunden werden, die es ermöglichen, dass Gebet in Gotteshäusern – insbesondere an den Heiligen Stätten aller Religionen – stattfinden kann, und zwar in einer Weise, die sowohl den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen als auch den religiösen Praktiken und Gebeten Rechnung trägt, die für Hunderte Millionen Gläubige von großer Bedeutung sind“.

Die Kirche stehe „in ständigem Dialog mit den Behörden, einschließlich der israelischen Polizei“: „Wir beten und hoffen auf ein Ende des tragischen Krieges, der die Region betrifft, im Bewusstsein der schweren Folgen, die er für alle mit sich bringt.“

Abschließend bekräftigen das Lateinische Patriarchat von Jerusalem und die Kustodie des Heiligen Landes ihr Engagement für „Dialog, gegenseitigen Respekt und die Bewahrung des Status quo“.

Übereifrige Sicherheitskräfte

Benediktinerabt Nikodemus Schnabel von der Dormitio-Abtei auf dem Jerusalemer Zionsberg wies kurz nach Bekanntwerdung des Vorfalls am Sonntag gegenüber Radio Vatikan darauf hin, dass für religiöse Versammlungen derzeit eine Grenze von 50 Personen gilt. Die Delegation des Patriarchen habe jedoch lediglich aus fünf Personen bestanden, die zu den sieben bereits in der Kirche befindlichen Franziskanern stoßen wollten. „Wir sprechen von insgesamt zwölf Gottesdienstteilnehmern“, so der Abt. Damit lag die Gruppe weit unter dem derzeit festgesetzten gesetzlichen Limit. Die traditionelle Prozession vom Ölberg war bereits im Vorfeld abgesagt worden, da diese als tatsächliches Sicherheitsrisiko eingestuft wurde.

Welle internationaler Verurteilungen

Der Vorfall an der Pforte der Grabeskirche hatte umgehend scharfe Reaktionen in der internationalen Politik und bei religiösen Institutionen ausgelöst. Frankreichs Präsident **Emmanuel Macron** sicherte den christlichen Vertretern via X (ehemals Twitter) seine volle Unterstützung zu und mahnte die zunehmenden Verletzungen des Status quo der Heiligen Stätten in Jerusalem an. Der US-Botschafter in Israel, **Mike Huckabee**, bezeichnete das Vorgehen als „übermäßige Einmischung“. Da die Delegation deutlich unter der 50-Personen-Grenze lag, sei die Entscheidung „schwer zu verstehen oder zu rechtfertigen“. **Armin Laschet**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, sprach von „reiner Schikane“, die jegliche Sensibilität vermissen lasse. Den Zugang zum heiligsten Ort des Christentums zu verwehren, sei inakzeptabel. Das palästinensische Außenministerium nannte den Vorfall ein „Verbrechen gegen die christliche und islamische Welt“. Das portugiesische Außenministerium forderte Israel auf, die Religionsfreiheit unter allen Umständen zu schützen.

Forderung nach Osterfrieden

Die Kirche in Italien reagierte mit Bestürzung auf die „unangemessene Maßnahme“ und forderte angesichts der Eskalation im Nahen Osten eine Waffenruhe für die bevorstehenden Osterfeiertage.

Abt Nikodemus betonte, dass der Patriarch im Vorfeld kooperiert und alle Absprachen eingehalten habe. Dass die Behörden dennoch wortbrüchig wurden, lasse „nichts Gutes erahnen“, was die

Behandlung christlicher Minderheiten und die allgemeine Religionsfreiheit in der Region betrifft. Er verwies dabei auch auf die zunehmende Gewalt in der Westbank, insbesondere gegen das christliche Dorf Taybeh, und die angespannte politische Lage innerhalb des israelischen Sicherheitskabinetts.

Quelle: [Vatican News](#), 30. März 2026.